

# IPPNW-Wahlprüfsteine 2013



Die Bundestagswahl am 22. September 2013 bietet die Chance, Abgeordnete und KandidatInnen mit Anfragen zu unseren Themen zu konfrontieren. Anhand der „IPPNW-Wahlprüfsteine“ können wir unsere Positionen zu Energiepolitik, Krieg und Frieden, Sozialer Verantwortung und Atomwaffen in das Bewusstsein der PolitikerInnen bringen. Wir machen deutlich, welche Themen uns beschäftigen und wo Handlungsbedarf besteht. Nach der Wahl können wir auf die Antworten wieder Bezug nehmen und die VolksvertreterInnen an ihre Versprechen erinnern.

Auf der Seite Abgeordnetenwatch <http://www.abgeordnetenwatch.de> lassen sich die WahlkreiskandidatInnen leicht anhand der Postleitzahl recherchieren. Bei einem Klick auf die/den gewünschte/n Abgeordnete/n öffnet sich ein Formular, in dem man Name und Adresse eingeben muss und seine Frage platzieren kann. Dabei sollten die Fragen aber individuell verändert werden, sonst werden sie als Massenansfrage identifiziert und gesperrt (ab 10-15 gleichlautenden Anfragen). Der Vorteil dieses Portals ist, dass die Antworten für alle PortalbesucherInnen sichtbar sind.

Natürlich können Sie Ihrer/m Abgeordneten die Fragen auch per Post schicken oder Ihren Wahlkreiskandidaten bzw. Ihre Wahlkreiskandidatin bei einem persönlichen Termin mit den Fragen konfrontieren. In diesem Fall wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns die Antworten in Kopie zukommen lassen könnten.

Im Folgenden finden Sie die vom Vorstand vorgeschlagenen IPPNW-Wahlprüfsteine.

## **Frieden und Krieg**

### Frage 1

Deutschland liegt an dritter Stelle der Rüstungsexportländer. Bei vielen bewaffneten Konflikten tauchen deutsche Waffen auf, oft auf beiden Seiten. Allein mit Heckler & Koch-Kleinwaffen wird weltweit alle 14 Minuten ein Mensch erschossen.

*Treten Sie ein für ein generelles Verbot von Rüstungsexporten?*

### Frage 2

Das Interventions- und Gewaltverbot der UN-Charta ist ein zentraler Baustein für die Gestaltung internationaler Beziehungen. Neue Konzepte zur Rechtfertigung von Militärinterventionen wie die „Responsibility to Protect“ (Schutzverantwortung) werden mit dem Hinweis auf „sich entwickelnde Rechtsnormen“ herangezogen, um das Prinzip der staatlichen Souveränität zu relativieren. Die Friedensbewegung kritisiert, dass unter dem Deckmantel der Menschenrechtspolitik eigene Interessen der interventionsfähigen Mächte betrieben werden. Deutschland bindet sich zunehmend in diese Interventionsrechtfertigung ein.

*Lehnen Sie Bundeswehreinsätze im Rahmen humanitär begründeter Militärinterventionen ab?*

## **Energiepolitik**

### Frage 3

Es ist wissenschaftlich anerkannt, dass es keinen Schwellenwert gibt, unterhalb dessen ionisierende Strahlung gesundheitlich unbedenklich wäre. Die geltenden Grenzwerte sind willkürlich festgelegt. Auch bei Einhaltung der Grenzwerte treten vielerlei Krankheiten auf. Insbesondere Kinder und Schwangere sind wegen erhöhter Strahlensensibilität gefährdet. In Deutschland „dürfen“ die Nahrungsmittel deutlich höher verstrahlt sein als in Japan.

*Werden Sie darauf drängen, unsere Nahrungsmittel-Grenzwerte nach unten zu korrigieren?*

### Frage 4

Um die Energiewende voranzutreiben, ist der bürgernahe dezentrale Ansatz gegenüber dem zentralistischen Ansatz effektiver, preiswerter, schneller und leichter umsetzbar.

*Werden Sie die Förderung von Photovoltaik-Anlagen in Bürgerhand und die Förderung der dezentralen Energiespeicherung fortsetzen und ausbauen?  
Geben Sie der Förderung verbrauchsnahe Onshore-Windkraftanlagen den Vorzug gegenüber Offshore-Windparks, die unnötig lange Stromautobahnen nötig machen würden?*

## **Soziale Verantwortung**

### Frage 5

Die EU-Aufnahmerichtlinie verpflichtet die Bundesregierung, die Belange der besonders schutzbedürftigen Gruppen unter den Flüchtlingen zu berücksichtigen. Dazu gehören vor allem Traumatisierte und Minderjährige.

*Wie wollen Sie sicherstellen, dass traumatisierte Flüchtlinge im Asylverfahren frühzeitig identifiziert und einer Behandlung zugeführt werden?  
Wie kann darüber hinaus sichergestellt werden, dass alle Flüchtlinge und andere Menschen ohne Krankenversicherung eine angemessene Gesundheitsversorgung erhalten?*

### Frage 6

Millionen Menschen fliehen vor Krieg, Hunger und Verfolgung. Einige suchen Schutz in Europa und Deutschland. Die europäischen Länder versprechen Schutz, betreiben aber mit der Grenzschutzagentur Frontex einen hohen Aufwand gegen illegale Einwanderung. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich finanziell und personell erheblich an der „Sicherung der europäischen Außengrenzen“ durch „Frontex“.

*Wie stehen Sie zu Frontex?*

## **Atomwaffen**

### Frage 7

In Büchel in der Eifel sind die letzten ca. 20 in Deutschland verbliebenen Atombomben der USA stationiert. Im Koalitionsvertrag von 2009 heißt es, die Bundesregierung werde sich für den Abzug dieser Atomwaffen einsetzen. Im März 2010 hatte der Bundestag in einem parteiübergreifenden Beschluss diese Absicht der Bundesregierung bekräftigt. Im Mai 2012

gab die Regierung jedoch dem Verlangen der USA nach Modernisierung der in Büchel gelagerten Atomsprengköpfe nach.

*Werden Sie sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Beschlüsse der Bundesregierung 2009 und des Bundestags 2010 zu Atomwaffen in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden?*

Frage 8

*Was möchten Sie tun, um den Beginn von Verhandlungen zu einem Vertrag zur Ächtung von Atomwaffen zu fördern?*

Hinweis:

Weitere Wahlprüfsteine der IPPNW-Arbeitskreise Atomenergie, Süd-Nord und Flucht&Asyl finden Sie auf unserer Homepage unter

[http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Verein/Wahlpruefsteine\\_ippnw\\_arbeitskreise.pdf](http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Verein/Wahlpruefsteine_ippnw_arbeitskreise.pdf)

Mit freundlichen Grüßen

Angelika Wilmen

Geschäftsstelle IPPNW e.V.

Körtestr. 10, 10967 Berlin

[www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)